

Türkei

Nachrichten

Nr. 78 - August 2026

**Friedrich
Ebert** 
Stiftung

Die Neue Partei sorgt für Aufbruchstimmung

Der massive Druck auf die CHP sollte die größte Oppositionspartei in der Türkei lähmen. Mit der Gründung der Neuen Partei (Yeni Parti) am 24. Juli 2026 scheint sich jedoch die gegenteilige Wirkung einzustellen. Die Yeni Parti erweckt weit über die CHP hinaus Interesse und Sympathie und birgt damit das Potenzial einer größeren Mobilisierung als die CHP.

Aufgeheizte Stimmung

Mit der Ankündigung der Gründung der Yeni Parti erlebt die CHP eine Welle von Austritten. Besonders augenfällig wurde dies in Antalya. Dort marschierten am 28. Juli 2026 die Bezirksverbände Kepez und Muratpaşa in Demonstrationen zur Parteizentrale der Yeni Parti, um dort ihren Beitritt zu erklären. Empfangen wurden sie dort vom ehemaligen Provinzvorsitzenden Nail Kamacı, der zuvor von der Kılıçdaroğlu Führung abgesetzt worden war.

Inzwischen hat Kemal Kılıçdaroğlu mehr als die Hälfte der CHP-Provinzvorstände entlassen und auch zahlreiche CHP-Kreisvorstände abgelöst, um die Partei unter Kontrolle zu bekommen. Dass diese erst im vergangenen Jahr gewählt wurden, erschien ihm nicht als Hinderungsgrund. Die eingesetzten kommissarischen Vorsitzenden werden von der

Basis nicht willkommen geheißen. Vielerorts weigerten die gewählten Vorstände sich, die Parteibüros zu übergeben. Das Video des eingesetzten CHP-Bezirkvorsitzenden von Düzce Kenan Akin, der die Tür des Parteibüros eintrat, um sich Zugang zu verschaffen und dann das Foto des früheren Vorsitzenden Özgür Özel zerriss, erregte große Aufmerksamkeit. Gewalt und Wut werfen ein Schlaglicht auf die Gemütsverfassung derjenigen, die versuchen, sich mit einem Gerichtsbeschluss der Partei zu bemächtigen.

Özgür Özel dagegen ruft zur Besonnenheit auf. Zwar lehnt er jede Verhandlung mit der CHP ab, solange sie durch einen gerichtlich eingesetzten Vorsitzenden geführt wird. Doch er hebt hervor, dass nicht alle, die in der Partei verbleiben, hinter der Politik von Kemal Kılıçdaroğlu stehen, sondern viele weiter dafür kämpfen, die Partei zurückzugewinnen.

Die Stimmung innerhalb der CHP wird besonders deutlich in der Erklärung von 265 früheren CHP-Abgeordneten, die zur Yeni Parti übergetreten sind: „Der unter Verstoß gegen die Gesetze ergangene Nichtigkeitsbeschluss ist eine Entscheidung, die den Willen und die demokratischen Prozesse unserer 103 Jahre alten Partei mit Füßen tritt, sie von den grundlegenden Werten der Republik entfernt und sie zu einem Instrument persönlicher Machtausübung macht.“



Ankara, 24.07.2026: Özgür Özel und Unterstützer auf dem Weg zum historischen ersten Parlamentsgebäude der Türkei nach der Verkündung der „YENİ Parti“.

Wir, die davon überzeugt sind, dass die Republikanische Volkspartei (CHP) die wichtigste Trägerin der grundlegenden Werte der Republik – wie Laizismus, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit – ist, erleben mit Bedauern, dass die Verteidigung dieser Werte unter den gegenwärtigen Strukturen unmöglich geworden ist. Aus diesem Grund werden wir uns nicht an der entstandenen Legitimitätskrise beteiligen.“

Neue Partei als letzter Ausweg

Am 21. Mai 2026 erklärte die 36. Zivilkammer des Regionalgerichts Ankara im Revisionsverfahren den CHP-Parteitag vom November 2023 als nichtig und setzte per einstweiliger Anordnung den früheren Vorsitzenden Kemal Kılıçdaroğlu als Vorsitzenden ein. Der seitdem amtierende und mehrfach bei Parteitagern wiedergewählte Vorsitzende Özgür Özel wurde damit abgesetzt. Dieser hatte mit einem erfolgreichen Wahlkampf die CHP zur stärksten Partei der Türkei geführt und nach der Inhaftierung von Istanbuls Oberbürgermeister Ekrem İmamoğlu am 19. März 2025 eine kontinuierliche Kampagne gegen die Regierung geführt, mit der er vorgezogene Neuwahlen erzwingen wollte.

Das Umfeld von Özgür Özel versuchte zunächst, den Konflikt innerhalb der Partei zu lösen: Nachdem der gerichtlich eingesetzte Vorstand einen außerordentlichen Parteitag abgelehnt hatte, sammelte es die nötigen Delegiertenunterschriften für dessen Einberufung. Doch auch dieser Versuch blieb, trotz ausreichender Unterschriftenzahl, erfolglos.

Parallel wurde gegen das Urteil Revision eingelegt. Da der Kassationsgerichtshof vor den Justizferien kein Urteil fällte, blieb offen, wann mit einer endgültigen Entscheidung zu rechnen wäre. Zugleich wuchs die Sorge, dass die CHP bei anhaltender Blockade ihre Teilnahmeberechtigung an vorgezogenen Parlamentswahlen verlieren könnte. Hinzu kam die Absetzung von mehr als der Hälfte der Provinzvorstände durch den gerichtlich eingesetzten Parteivorstand. Mit dem Scheitern aller Lösungsversuche mehrten sich in der Parteibasis die Stimmen, die eine Neugründung als letzten Ausweg sahen.

Die Neue Partei soll nun die politische und organisatorische Handlungsfähigkeit des Umfelds von Özgür Özel und Ekrem İmamoğlu sichern. Sie ist daher zunächst weniger als eine programmatische Neuausrichtung denn als eine Antwort auf die anhaltenden juristischen Repressalien und die innerparteilichen Auseinandersetzungen mit der CHP-Führung um Kılıçdaroğlu gedacht, die seit Ende Mai die Rolle einer systemtreuen Opposition eingenommen hat.

Der weitere Weg: der organisatorische Aufbau der Neuen Partei

91 aus der CHP ausgetretene Abgeordnete haben als Gründungsmitglieder den offiziellen Antrag für die Yeni Parti eingereicht. Damit sinkt die Zahl der verbleibenden CHP-Abgeordneten von 135 auf 44. Der formale Gründungsprozess begann am 24. Juli 2026 mit der Einreichung der Gründungserklärung beim Innenministerium, wodurch die



Ankara, 28.07.2026: Erste Fraktionssitzung der YENİ Parti.

Partei ihre Rechtspersönlichkeit erlangt. Das Datum steht im Zeichen der kemalistischen Tradition: Es fällt auf den 103. Jahrestag des Vertrags von Lausanne, mit dem die Türkei ihre Souveränität erlangte.

Um an einer Parlamentswahl teilnehmen zu können, muss eine neue Partei in 41 der 81 Provinzen über eine Provinzorganisation verfügen und dort auch Provinzparteitage und danach den nationalen Parteitag durchgeführt haben. Dieser Prozess muss außerdem sechs Monate vor der nächsten Wahl abgeschlossen sein. Geplant ist, den formellen Aufbau der Kreis- und Provinzgliederungen bis September durchzuführen. Parteiintern geht man von einer ca. sechsmonatigen Periode der Parteiaufstellung aus. Die Übertritte aus der CHP werden anhalten, es wird jedoch auch damit gerechnet, dass jenseits der bisherigen CHP-Mitglieder neue Kreise für die Mitgliedschaft gewonnen werden können, für die das historische Erbe der CHP ein Hindernis war.

Doch es gibt auch Gründe, als Özel-Anhänger in der CHP zu bleiben: Laut Satzung dürfen nur Mitglieder mit mindestens einjähriger Zugehörigkeit an internen Wahlen teilnehmen. Viele halten es daher für wichtig, dass die Mitglieder des aufgelösten Parteirats in der CHP bleiben, um im Falle einer Urteilsaufhebung die Partei zurückzugewinnen. Das heißt auch, dass nicht alle verbleibenden CHP-Mitglieder Kemal Kılıçdaroğlu unterstützen.

Taktische Erwägungen spielen auch beim Übertritt von Bürgermeister:innen eine Rolle, weil vermieden werden soll, dass AKP und MHP Mehrheiten in Stadträten erringen

können, weil möglicherweise eine Kooperation von CHP und Yeni Parti nicht möglich ist. Erste Kommunen, darunter auch Metropolen wie Denizli und Manisa, sind bereits zur Yeni Parti übergetreten, insgesamt wird kurzfristig mit 200 Kommunen gerechnet.

Ein modernes Programm

Mit der Gründung veröffentlichte die Neue Partei ein 41-seitiges Kurzprogramm, das zwar große Ähnlichkeiten zum CHP-Programm aufweist, aber auch ein eigenes Profil erkennen lässt. War im Vorfeld der Parteigründung diskutiert worden, ob die neue Partei sich als „Bündnis demokratischer Kräfte“ oder als Linkspartei positionieren sollte, gibt das Programm eine deutliche Antwort. Wie ein roter Faden ziehen sich demokratische Positionen wie Bürgerbeteiligung, Stärkung von Bürgerrechten sowie gleichberechtigter Zugang zu Ressourcen und Freiheiten durch das Programm. Vorgesehen ist die Wiederherstellung liberaler autonomer Regulierungsinstitutionen, aber auch die Aufhebung der Hemmnisse gegenüber gewerkschaftlicher Organisation. Beteiligungsmöglichkeiten sollen auf der Ebene der Wohnsiedlung beginnen und bis zur Schaffung von Bürgerbegehren ausgebaut werden. An mehreren Stellen wird betont, dass es nicht ausreicht, sich auf die Selbstregulation durch Märkte zu verlassen und der Staat ordnend eingreifen müsse.

Die Yeni Parti vertritt das Recht auf Muttersprache – auch im Unterricht. Die Benachteiligung der Aleviten soll aufgehoben werden. Roma sollen gefördert werden.

Neben der grünen Transformation wird die „lila Transformation“, d.h. die Stärkung der Teilhabe der Frauen an der Gesellschaft als eigenständiger Schwerpunkt gesetzt. In der Hochschulpolitik wird die Auflösung der Aufsichtsbehörde YÖK angekündigt und die Gewährleistung einer Hochschulautonomie angekündigt.

Das Programm liest sich als kollektiver Gegenentwurf gegen das Führerprinzip des Regierungsbündnisses. Überzeugender wird es natürlich, wenn Beteiligung und Transparenz nicht einfach Versprechen bleiben, sondern bereits in die alltägliche Kampagnenarbeit der Yeni Parti einfließen.

Ein weiterer Aspekt ist die Frage, ob die Yeni Parti als vorübergehende Notlösung oder als politische Alternative konzipiert ist. Soll sie fortbestehen, auch wenn Kemal Kılıçdaroğlu die Führung der CHP aufgeben muss? Das Programm bietet hier eine interessante Antwort. Während sie sich zur Gründungsphilosophie Atatürks bekennt, kündigt sie zugleich deren moderne Interpretation und Erweiterung an:

„Die Neue Partei bekennt sich zu den Sechs Pfeilen – Republikanismus, Nationalismus, Populismus, Etatismus, Laizismus und Reformismus –, wobei sie das historische Erbe und den fortschrittlichen Kern der Prinzipien Atatürks bewahrt. Sie versteht diese Grundsätze im Lichte der Ziele unserer Zeit: Demokratie, Freiheit, Gleichheit, staatsbürgerliches Bewusstsein, Gerechtigkeit, Solidarität, Gemeinwohl, Unabhängigkeit, Wissenschaft und kontinuierliche Erneuerung.“

Spaltung oder Neuformation?

So groß die Identifikation eines Großteils der Bevölkerung mit dem Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk auch ist, so ist gleichermaßen die CHP von einem historischen Erbe geprägt, das konservative Parteien seit dem Übergang zum Mehrparteiensystem 1946 in den Vordergrund gestellt haben. In dieser Darstellung steht die CHP für die bürokratische Elite und einen starren Laizismus. Auch wenn die heutige CHP in ihren politischen Positionen wenig mit der CHP der 1930er und 1940er Jahre gemein hat, ist sie darum für islamisch-konservative Kreise nie eine Alternative geworden.

Die Yeni Parti bemüht sich nun um einen Ausgleich. Sie bekennt sich zum historischen Erbe der sechs Pfeile der CHP und macht zugleich deutlich, dass sie zeitgemäß erweitert werden müssen. Sie könnte damit die Chance erhalten, aus dem historischen Schatten zu treten und auch für die rechte Mitte wählbar sein. Insofern ist die Gründung der Neuen Partei nicht nur ein „technischer Schritt“, sondern birgt auch Mobilisierungspotenzial.

Özgür Özel hat erklärt, dass die Neue Partei nicht aufgegeben werde, wenn die CHP wieder zu demokratischen Grundsätzen zurückkehrt. Hinzu kommt außerdem die Erkenntnis, dass selbst nach einer Aufhebung des Urteils,

mit dem Kemal Kılıçdaroğlu an die Parteispitze gebracht wurde, weitere Verfahren gegen die CHP fortgesetzt werden und damit jederzeit die Möglichkeit einer neuen Intervention besteht.

Chancen und Herausforderungen

Ob die Gründung einer neuen Partei die Opposition langfristig stärkt oder schwächt, hängt nicht nur von ihrer eigenen Entwicklung ab, sondern auch vom weiteren Verlauf verschiedener juristischer Verfahren, vor allem das gegen Ekrem İmamoğlu, von der Strategie des Regierungslagers und von zukünftigen Allianzen mit anderen Oppositionsparteien.

Die größte Chance besteht darin, die politische Handlungsfähigkeit des Umfelds von Özgür Özel zu sichern. Allgemein wird davon ausgegangen, dass den Kern des Wählerpotenzials jene Gruppen bilden, die der CHP bei den Kommunalwahlen 2024 knapp 38 Prozent der Stimmen ermöglichen. Durch eine breitere Ansprache und Positionierung könnte die Partei ein Wählerpotenzial von etwa 40 Prozent besitzen, sofern es ihr gelingt, zusätzliche Wählergruppen über die bisherige CHP-Wählerschaft hinaus zu erreichen. Anders als bei vielen bisherigen Neugründungen in der Türkei, beginnt die Neue Partei mit bestehenden Strukturen. Zudem wird der Wechsel zahlreicher Abgeordneter sowie mögliche Übertritte von Mitgliedern und lokalen Funktionsträger zusätzlich politische Erfahrung, Netzwerke und öffentliche Sichtbarkeit bedeuten.

Dieses Potenzial darf nicht über die enormen organisatorischen und finanziellen Herausforderungen hinwegtäuschen. Bereits in der Übergangsphase könnte es Probleme geben, bis die neue Partei beispielsweise über eine ausreichende Rechtspersönlichkeit verfügt, um eine Kundgebung anzumelden. Zum anderen muss sie ohne staatliche Parteienfinanzierung auskommen. Diese wird nur Parteien gewährt, die bei der letzten Parlamentswahl mindestens drei Prozent der Stimmen erreicht haben. Schließlich dürfen neu gegründete Parteien nur eingeschränkt an der Wahlbeobachtung bei zukünftigen Parlamentswahlen teilnehmen.

Am Wichtigsten jedoch: Das Regierungslager wird die Parteigründung und die Reaktionen der Bevölkerung auf diese eng beobachten. So wie der Erfolg bei den Kommunalwahlen 2024 der CHP zum Verhängnis wurde, wird Erfolg auch für die Neue Partei die größte Gefahr darstellen. Da auf den Rechtsstaat kein Verlass ist, können Gerichte jeder Zeit die Neugründung stoppen oder Gremien die Immunität von Özel und anderen Parlamentariern aufheben. Auf ersteres ist die Neue Partei vorbereitet: bei Blockade oder baldigen Neuwahlen gäbe es ein Plan B zur Nutzung der Strukturen einer bestehenden Partei. Sollte jedoch die parlamentarische Immunität von Özgür Özel aufgehoben und dieser inhaftiert werden, stünde die nächste Zerreißprobe auf der Tagesordnung. Während ein solcher Schritt die türkische Demokratie weiter beschädigen würde, bliebe von den drei

Politikern, die 2023 den Wandel in der CHP angeführt haben, nur noch der Oberbürgermeister Ankaras Mansur Yavaş. Während dieser in der Bevölkerung äußerst beliebt ist, könnte es ihm jedoch schwerfallen liberale und linke Anhänger der Yeni Parti zu überzeugen.

Die jetzige Aufbruchstimmung beruht auf der Hoffnung, dass es weiterhin eine kämpferische Opposition geben kann, die Mut und Selbstbewusstsein angesichts juristischer und politischer Unterdrückung zeigt. Ob die Neue Partei nur ein Übergangsphänomen sein wird oder ob sie die türkische politische Landschaft dauerhaft verändert, entscheidet sich in den kommenden Monaten. Die Zukunft wird zeigen, ob politischer Wandel durch freie und faire Wahlen in der Türkei weiter möglich sind.

Ausblick

Die jüngsten Festnahmen von Sinem Dedetaş, der beliebten Bürgermeisterin von Üsküdar, und Erdal Beşikçioğlu, dem bekannten Bürgermeister von Etimesgut, zeigen, dass der Druck auf die Opposition nicht nachlässt. Im Gegenteil deutet vieles auf eine weitere Verschärfung der Repression hin. Die Festnahmen lassen sich auch als Reaktion des Regierungslagers auf die Aufnahme der Yeni Parti deuten. Zugleich steigt der Druck auf kleinere Oppositionsparteien, sich zwischen den politischen Lagern zu entscheiden. Die Gelecek-Partei, eine Abspaltung von der AKP unter Führung des früheren Ministerpräsidenten Ahmet Davutoğlu, hat bereits angekündigt, sich aufzulösen. Auch auf kommunaler Ebene nimmt der Druck weiter zu. Bürgermeister und Mitglieder der Stadträte werden gedrängt, ihre Oppositionsparteien zu verlassen und ins Regierungslager zu wechseln. In den kommenden Monaten wird sich zeigen, wie widerstandsfähig die Yeni Parti ist und ob sie dem von Özgür Özel formulierten Anspruch gerecht werden kann, nicht die Partei einzelner Personen, sondern eine Partei des Volkes zu sein.



Ankara, 23.07.2026: Mit der Unterzeichnung der Gründungsunterlagen der YENİ-Parti ist Özgür Özel zugleich aus der Republikanischen Volkspartei (CHP) ausgetreten.

Impressum

Herausgeberin

Friedrich-Ebert-Stiftung -Türkei Büro
Cihannüma Mahallesi Mehmet Ali Bey Sk. No: 12 D: 4
Beşiktaş - Istanbul
info.tr@fes.de

Verantwortlich

Tina Blohm, Landesvertreterin

Autor:innen

Dr. Stefan Hibbeler
Tina Blohm

Redaktion

Tamer İlbuğa
tamer.ilbuga@fes.de

Bildnachweise

Seite 2: © Yeni Parti Fotoğraf Servisi | Ankara, 24. Juli 2026
Seite 3: © Yeni Parti Fotoğraf Servisi | Ankara, 28. Juli 2026
Seite 5: © Yeni Parti Fotoğraf Servisi | Ankara, 23. Juli 2026

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfw Zwecke verwendet werden.

© FES Türkei - August 2026

➔ Türkei-Nachrichten Archiv



Türkiye